

Antrag

der Abgeordneten Dr. Götz Frömming, Dr. Marc Jongen, Martin Erwin Renner, Beatrix von Storch, René Bochmann, Peter Boehringer, Stephan Brandner, Marcus Bühl, Dr. Malte Kaufmann, Dr. Michael Kaufmann, Edgar Naujok, Jan Wenzel Schmidt, Dr. Harald Weyel, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD

Rekonstruktion zerrissener Stasi-Unterlagen umgehend in Angriff nehmen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die zerrissenen Stasi-Akten von 1989 sind ein bedeutsames Symbol für die Vertuschung des DDR-Unrechtsstaates und den Wandel, der sich in der deutschen Geschichte vollzog. In der Zeit unmittelbar vor dem Fall der Berliner Mauer begann das deutsche Volk in der DDR gegen die aufgezwungene kommunistische Regierung zu protestieren und nach Freiheit zu streben. Die Stasi, das gefürchtete Ministerium für Staatssicherheit, versuchte verzweifelt, die Kontrolle aufrechtzuerhalten. Am 15. Januar 1990 stürmten Demonstranten das Stasi-Hauptquartier in Berlin. Sie durchsuchten das Gebäude und entdeckten dabei die Akten, die jahrzehntelang von der Stasi gesammelt wurden, um potenzielle Gegner auszuspionieren und zu überwachen.

Durch das mutige Eingreifen der Demonstranten konnten ca. 15.000 Säcke mit zerrissenen Stasi-Akten sichergestellt werden, die heute im Bundesarchiv der Bundesrepublik Deutschland verwahrt werden. Die Struktur und die Archivbestände der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) wurden mit dessen Auflösung in das Bundesarchiv eingegliedert und überführt. Seit 2021 ist damit auch die gesetzliche Aufgabe für die Rekonstruktion der zerrissenen Stasi-Unterlagen in den Geschäftsbereich der BKM übergegangen. Nach § 2 Absatz 2 Nummer 10 des Stasi-Unterlagen-Gesetzes ist „die Rekonstruktion und Erschließung von zerrissenen Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes“ Aufgabe des Bundesarchivs.

Auf Grundlage einer Machbarkeitsstudie des Fraunhofer-Instituts für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik (IPK) aus dem Jahre 2003 bewilligte der Deutsche Bundestag für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 insgesamt 6,3 Millionen Euro für ein Pilotverfahren zur virtuellen Rekonstruktion der zerrissenen überlieferten Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes.¹ Das Projekt der IT-gestützten Rekonstruktion sollte die händische Zusammensetzung unterstützen und gegebenenfalls ersetzen. Bis Ende 2014 gelang es dem hierfür beauftragten Fraunhofer IPK eine Software zu entwickeln, den sogenannten e-Puzzler, und den Inhalt von 23 Stasi-Säcken mit 91.000 Seiten zusammenzufügen.

¹ Vgl. Achter Tätigkeitsbericht der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik – 2007, S.31.

Vor dem Hintergrund der sich Jahre hinziehenden Entwicklung fragte die AfD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung nach dem Stand der Bearbeitung. Laut Bundesregierung gebe es „nach dem derzeitigen Stand der Technik [...] kein Verfahren, das in der Lage ist, die Gesamtmenge der beim BStU vorhandenen zerrissenen Stasi-Unterlagen in überschaubarer Zeit wieder zusammenzusetzen“.²

Der Bundesrechnungshof (BRH) hat in seinem Bericht für 2023 das Vorhaben der „virtuellen Rekonstruktion zerrissener Unterlagen“ für „vollständig gescheitert“ erklärt.³ Demnach seien „28 Jahre nach Beginn der Rekonstruktion [...] nur 3,2 % des Bestandes wieder zusammengesetzt. Selbst die zeitintensive, manuelle Rekonstruktion zeigte größere Erfolge als das IT-gestützte Verfahren.“ Nach Ansicht des BRH belegten der „lange Projektzeitraum und die nicht erreichten Ziele“, dass „das Forschungsinstitut offensichtlich nicht in der Lage ist, die Unterlagen zu rekonstruieren.“ Es sei nicht nachvollziehbar, warum die BKM und das Bundesarchiv an der Zusammenarbeit mit dem Forschungsinstitut weiter festhalten wollten.⁴

Das Fraunhofer IPK wies die Unterstellung des BRH in einer Stellungnahme zurück.⁵ Das Projekt zur „virtuellen Rekonstruktion (vReko) von zerrissenen Stasi-Unterlagen“ sei bereits 2014 erfolgreich abgeschlossen worden. „Mit dem von der BStU abgenommenen Pilotsystem wurden mehr als 700.000 Schnipsel unterschiedlichsten Zerstörungsgrades erfolgreich zu 91.000 Seiten zusammengesetzt. Die Praxistauglichkeit des sogenannten ePuzzlers wurde damit im produktiven Einsatz vollumfänglich nachgewiesen. Selbst DIN-A4-Seiten, die in über 100 Teile zerrissen waren, wurden erfolgreich rekonstruiert.“ Es sei eine „politische Entscheidung“, die zum Stillstand des Projekts geführt habe. Die im Jahr 2019 vom Fraunhofer IPK gestellte Schlussrechnung wurde bis heute nicht vollständig bezahlt. „Die Begleichung der offenen Forderung von 1.383.177,57 Euro wurde durch das Fraunhofer IPK beim Auftraggeber im Januar 2022 schriftlich angemahnt.“⁶

Der Deutsche Bundestag folgt der Argumentation des Fraunhofer IPK, da die „Funktionsfähigkeit und Praxistauglichkeit“ der ePuzzler-Technologie durch „von der BStU beauftragte“ externe und unabhängige Gutachter erfolgreich nachgewiesen wurde.⁷

Die Erfüllung des gesetzlichen Auftrags hat für den Deutschen Bundestag höchste Priorität, um die Aufarbeitung der SED-Gewaltherrschaft voranzutreiben und den Opfern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Die Stasi-Unterlagen sind ein bedeutendes historisches Erbe, das umfassende Einblicke in die Überwachungstätigkeiten und Menschenrechtsverletzungen des DDR-Regimes bietet.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

den gesetzlichen Auftrag nach § 2 Absatz 2 Nummer 10 des Stasi-Unterlagen-Gesetzes der Rekonstruktion und Erschließung von zerrissenen Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes zu erfüllen, indem sie,

1. die ausstehende Forderung des Fraunhofer IPK in Höhe von 1.383.177,57 Euro umgehend prüft und bei Richtigkeit vereinbarungsgemäß begleicht, um so weitere Verzögerungen zu verhindern;

² Bundestagsdrucksache 19/27497

³ www.bundesrechnungshof.de/SharedDocs/Downloads/DE/Berichte/2023/ergaenzungsband-2022/bemerkung-26.pdf?__blob=publicationFile&v=3, S. 3.

⁴ Ebd.

⁵ www.ipk.fraunhofer.de/de/medien/presseinformationen/20230428-stellungnahme-des-fraunhofer-ipk-zum-projekt-zur-rekonstruktion-der-stasi-akten.html

⁶ Ebd.

⁷ Ebd.

2. in Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer IPK einen Fahrplan für die Produktion und Beschaffung des entwickelten ePuzzlers trifft;
3. in Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer IPK eine Bedarfs- und Kostenanalyse erstellt, auf dessen Grundlage der Deutsche Bundestag die notwendigen Haushaltsmittel bereitstellen kann;
4. dem Deutschen Bundestag alle drei Monate über den Ausschuss für Kultur und Medien über den Stand der Planungen berichtet.

Berlin, den 17. Mai 2023

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

